

Laibacher Zeitung.

Nr. 27.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7.50.

Freitag, 1. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 5 kr.

1878.

Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer am Montag den 4. Februar.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Ministerkrise.

Die österreichische Ministerkrise befindet sich — immer vorausgesetzt, daß der Telegraph die vorstehenden Mittheilungen nicht überholt — noch immer in dem bisherigen Stadium. Da über weitere Berufungen parlamentarischer Persönlichkeiten zu Sr. Majestät nichts verlautet, so wird in Abgeordnetentreisen vernuthet, daß neuerliche Berufungen in der bisher erfolgten Form vorberhand nicht beabsichtigt sind. Die österreichische Presse beschäftigt sich begreiflicherweise noch immer in erster Reihe mit der Krise, doch sind es kaum mehr als Combinationen und Conjecturen aller Art bezüglich der eventuellen Lösung derselben, die hierbei zum Ausdruck gelangen.

Die „Presse“ und die „Deutsche Zeitung“ erwähnen, daß vielleicht neue Verhandlungen mit der ungarischen Regierung angeknüpft werden könnten.

Die „Neue freie Presse“ hält es für denkbar, daß der abgerissene Faden nochmals angeknüpft wird, eine Nachgiebigkeit von ungarischer Seite vorausgesetzt.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ gedenkt einer Compromissmodalität, wonach der Petroleumzoll mit 3 fl. und der Kaffeegoll mit 24 fl. zu bewilligen wäre.

Nach der „Tagespresse“ glaubt man allgemein, daß der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland unter Wegfall der Schutzzölle und Herabsetzung der Finanzzölle den Ariadnefaden bilden könnte, welcher das neue Kabinett und das Parlament aus dem Labyrinth herausführt.

Das „Extrablatt“ meint, wenn man nicht die Personalunion wolle, so müsse man neue Ausgleichsverhandlungen auf neuer Basis anstreben.

Die „Morgenpost“ klagt über den „Jammer des Dualismus“, der jetzt in Oesterreich dieselbe verhängnisvolle Rolle spiele, wie ehemals der Absolutismus. Das Blatt fordert von den Staatslenkern die Herstellung der Einheit des Reiches.

Eine „Zuschrift aus dem Fortschrittsklub“ an die „Deutsche Zeitung“ verlangt gleichfalls die Ordnung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Ungarn und Oesterreich, in der einen oder in der anderen Richtung.

Die „Neue freie Presse“ ist ungehalten darüber, daß der ungarische Ministerpräsident seinem Mit-

compaciscenten parlamentarische Reise abspricht, insbesondere, da der Parlamentarismus in Oesterreich sehr normal fungiert. Der Conflict wurzelt in der Oesterreich von Ungarn aufgedrungenen Organisation.

Die „Trierer Zeitung“ bespricht die Demission des Kabinetts und meint, daß die innere und äußere Lage dazu dränge, vorerst nur den Ausgleich unter Dach und Fach zu kriegen.

Die „Politik“ endlich findet die Krise nur von der Ausgleichsfrage bedingt und glaubt, dieselbe keineswegs als unlösbar betrachten zu dürfen. Sie werde nur dann zur Entlassung des Ministeriums führen, wenn der Wille vorhanden sei, einen Systemwechsel durchzuführen, was nach den bisherigen Erfahrungen kaum der Fall sein dürfte.

Oesterreichischer Reichsrath.

331. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 29. Jänner.

Das Bequartierungsgefeß wird in erster Lesung einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse von 18 Mitgliedern zugewiesen.

Nachdem die Wahl eines Mitgliedes in den Steuerreformausschuss vorgenommen und eine Reihe von Petitionen erledigt worden, geht das Haus zur zweiten Lesung des vom Herrenhause beschlossenen Gesetzes inbetreff der Enteignung zum Zwecke der Herstellung und des Betriebes von Eisenbahnen über.

Abg. Freiherr v. Poche referiert über die Abänderung, welche das Herrenhaus an dem § 44 des Eisenbahn-Expropriationsgesetzes vorgenommen. Das Abgeordnetenhaus wollte nämlich, daß die Kosten des Enteignungsverfahrens von der Eisenbahnunternehmung zu bestreiten seien, während das Herrenhaus hiezu den Zusatz annahm: „so weit sie nicht durch ein ungerechtfertigtes Einschreiten einer Partei hervorgerufen wurden.“ Der Berichterstatter beantragt, diesen Zusatz sowie die geringfügigen Aenderungen in den §§ 1, 3 und 13 anzunehmen.

Die auf §§ 1 und 3 bezüglichen Anträge werden nach längerer Debatte angenommen und hierauf die Sitzung geschlossen.

Die nächste Sitzung findet Freitag den 1ten Februar statt.

Die Stellvertretung Bismarcks.

Eine jener Fragen, deren Complex die „innere Krisis“ in Deutschland bildet, die Stellvertretung des Kanzlers, ist nunmehr der Lösung näher gerückt. In

der Sitzung des deutschen Bundesrathes vom 25. v. M. legte nämlich die Reichsregierung einen Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Derselbe wurde dem „zuständigen“, d. h. dem aus Preußen, Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden, Oldenburg und Sachsen-Meiningen bestehenden Ausschusse für die Verfassung überwiesen. Diese Stellvertretung des Reichskanzlers bedeutet nach allen aus Berlin einlaufenden Nachrichten die Gründung eines Vizekanzlerpostens, und der für diesen Posten ausersehene Mann ist Herr v. Bennigsen. Derselbe war am 20. und 21. d. in Barmen; dort scheinen die entscheidenden Verhandlungen gepflogen und zum Abschlusse gelangt zu sein. Gleichzeitig verlautet ziemlich bestimmt die Ernennung des Reichstagspräsidenten v. Jordanbeck zum preussischen Minister des Innern.

Der Gesetzentwurf, welchen der Reichskanzler dem Bundesrathe hat zugehen lassen, lautet in seinem einzigen Paragraphen: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen im Namen des deutschen Reiches und nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages: Die durch die Verfassung und Gesetze des Reiches dem Reichskanzler übertragene Leitung in der Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung von Reichsangelegenheiten, sowie die zur Gültigkeit der Anordnungen und Verfügungen des Kaisers nothwendige Gegenzeichnung des Reichskanzlers können durch Stellvertreter wahrgenommen werden, welche der Kaiser auf Antrag des Reichskanzlers für Fälle der Behinderung desselben aus anderen Mitgliedern des Bundesrathes allgemein oder für einzelne Amtszweige ernennt.“

In den hiezu angefügten Motiven heißt es: Die Verfassung des deutschen Reiches erfordert im Art. 17 zur Gültigkeit der im Namen des Reiches zu erlassenden Anordnungen und Verfügungen des Kaisers die Gegenzeichnung des Reichskanzlers und überträgt dem letztern dabei die Verantwortlichkeit für dieselbe. Verfassungsmäßig ist hiedurch dem Reichskanzler die Stellung als des einzigen Kaiser und Reich verantwortlichen Reichsministers und damit die verantwortliche Leitung aller Reichsangelegenheiten, welche in der Regierungsgewalt des Kaisers liegen, zugewiesen. In Ausführung dieses der Verfassung zugrunde liegenden staatsrechtlichen Prinzips sind durch die einzelnen Reichsgesetze die Angelegenheiten der bezeichneten Art, gleichviel welchem Geschäftskreise der verschiedenen obersten Reichsämter sie angehören, an die Person des Reichskanzlers geknüpft. Und ebenmäßig haben die Gesetze, Verordnungen und Erlasse, durch welche die Errichtung

Feuilleton.

Stierkämpfe in Madrid.

Unter den großen, mehrere Tage andauernden Festlichkeiten, die anlässlich der Ende vorigen Monats in Madrid stattgefundenen prunkvollen Vermählung Sr. Majestät des jugendlichen Königs Alfons von Spanien mit seiner Cousine, der Tochter des Herzogs von Montpensier, veranstaltet wurden, befanden sich auch zwei große Stierkämpfe. Ueber den Verlauf dieser nationalen Volks- und Hofbelustigung liefert der Spezialkorrespondent des „Figaro“ nachstehenden Bericht:

Madrid, 25. Jänner. Ich kehre soeben von den Stierkämpfen zurück. Dieselben fielen trotz des eifigen Windes, der seit heute morgens weht, glänzend aus. Um Mittag empfingen der König und die Königin im Prado fünfundsiebenzig neu vermählte Ehepaare, deren Hochzeit zu gleicher Zeit mit der des Königs gefeiert worden war. Jedes Paar trug das klassische Kostüm einer der spanischen Provinzen. Der Anblick war ein äußerst pittoresker. Nach dem Empfang stieg man in die Wagen, um sich in die entfernt von der Stadt gelegene Arena zu begeben. Dieselbe ist prachtvoll decorirt, aus Ziegeln und Granit erbaut und kann 12,000 Zuschauer fassen. Es sind ihrer aber 16,000 anwesend. Ich mache einen Rundgang „hinter die Coulissen.“ In einem abgeschlossenen Raume brüllen achtzehn wilde Stiere, die am Montag von Sevilla angefahren waren. In einem Hofe probieren Picadores ihre Pferde, indem sie mit hölzernen Piken Angriffe auf Pfähle simulieren.

Die Hörner ertönen; ich eile auf meinen Platz. Der Zug erscheint. Zuerst schreiten der Alcalde und die Alguazils gegen die königliche Loge vor. Dann kommen sechs große, mit je sechs Pferden bespannte Carossen. In jeder derselben sitzt ein Caballero, der den Stierkampf als Sport betreibt, begleitet von seinen Beschützern, durchwegs Granden von Spanien. Hinter den Carossen schreiten zu Fuß die famossten Spadas, die Matadores Frascuello, Angel Pastor und Gayetano Sanz an der Spitze. Hinter ihnen kommen die Banderilleros (Fähnenträger), die Picadores (Lanzenträger), kurz das ganze bei den spanischen Stierkämpfen in Verwendung kommende Personal in goldglänzenden Figarokostümen. Es folgen die Herolde im Kostüm Henry's III. Den Beschluß machen die federbehußten Maulthiere, welche das Flechtwerk tragen, auf dem später die todtten Stiere und Pferde fortgeschafft werden sollen.

Der ganze glänzende Zug rangiert sich vor der königlichen Loge. Ein Matador spricht einige Worte, worauf alle übrigen die rechte Hand erheben und einen Schwur leisten, daß sie ihre Pflicht erfüllen werden. Der Alcalde und die Alguazils verneigen sich, um die Erlaubnis zum Beginn der Kämpfe zu verlangen, und aus der Loge fällt zu ihren Füßen der Schlüssel zu dem Zwinger der Stiere.

Die Kämpfe beginnen. Jedermann hat schon die Beschreibung eines Stierkampfes gelesen, und ich will auch heute nur kurz über das aufregende Schauspiel, dem ich unter dem Enthusiasmus und dem Wuthgeschrei der Menge beigewohnt, berichten. Die Caballeros (Stierkämpfer zu Pferde) waren sehr brav, und zwei von ihnen haben wahre Heldenthaten aus-

geführt, indem sie die Stiere mit einem Lanzenstiche tödteten. Die drei anderen waren weniger glücklich; die Matadore (Stierkämpfer zu Fuß), Frascuello allen voran, haben ihre gewöhnliche Geschicklichkeit bewiesen, und ich habe Stiere fallen gesehen, von Degenstichen in den Hals wie von einem Blitz getroffen. Keinerlei Unglücksfall hat sich ereignet.

Madrid, 26. Jänner. Heute bietet das Ayuntamiento dem König und der Königin das Schauspiel der Stierkämpfe dar. Das Thermometer ist im Steigen, die Luft ist lau, der Zufluß der Menge noch beträchtlicher als gestern, wenn das überhaupt möglich ist.

Die heutigen Kämpfe waren schöner und aufregender als die gestrigen. An interessanten Episoden fehlte es nicht. Ein Caballero, aus Passion Liebhaber dieses Sports, wurde lebensgefährlich an der Brust verwundet, indem er mit seinem Pferde stürzte, welchem ein Stier soeben den Leib aufgerissen hatte. Ein anderer Stierkämpfer tödtete den Stier mit einem einzigen Lanzenwurfe. Fast alle diese Caballeros sind Kavallerie-Offiziere. Unter der königlichen Loge war ein Bataillon Hellebardiere postiert.

Ein wüthender Stier rannte direkt auf diese Soldaten zu, welche die Hellebarden vorstreckten. Dicht vor den Spitzen derselben machte der Stier Halt. Ein anderer Stier durchbohrte mit seinen Hörnern acht Pferde und hob einen Alguazil aus dem Sattel. Die Torreadoren Pastor und Frascuello verrichteten Wunder von Bravour; jener Tourist, der diese Kämpfe mit muthwilligen Neckereien von Fleischhauern verglich, welche Kühe peinigten und quälten, würde heute seine Meinung sehr geändert haben. Man verhinderte

oder Abgrenzung der obersten Reichsämter erfolgt ist, die letzteren der Leitung des Reichskanzlers unter Verantwortlichkeit desselben unterstellt. (Folgt die Aufzählung der kaiserlichen Erlasse über die höchste Marinebehörde, das Reichs-Eisenbahnamt und die Verwaltung des Post- und Telegrafenwesens.)

Einer Aufzählung dieser an die persönliche Leitung des Reichskanzlers geknüpften Obliegenheiten in der Verwaltung, Beaufsichtigung und Bearbeitung von Reichsangelegenheiten wird es nicht bedürfen; kaum ein umfassendes Reichsgesetz ermangelt der Aufstellung solcher Obliegenheiten. Der Kreis derselben ist mit der Entwicklung des Reiches von Jahr zu Jahr größer geworden und wird mit der fortschreitenden Stärkung des Reiches auch in Zukunft immer mehr an Ausdehnung gewinnen. Damit tritt an die Gesetzgebung die Nothwendigkeit heran, Fürsorge dafür zu treffen, daß in Fällen einer persönlichen Behinderung des Reichskanzlers an der Wahrnehmung seines Amtes die ihm übertragene Leitung der Reichsgeschäfte ohne Störung im geregelten Gange erhalten bleibe. Die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers ist bezüglich der Gegenzeichnung allerhöchster Anordnungen und Verfügungen in der Verfassungsurkunde nicht ausdrücklich ausgesprochen. Wenn nun auch eine früher nicht bestrittene Praxis eine Anzahl von Fällen aufweist, in welchen allerhöchste Anordnungen und Verfügungen durch andere Reichsbeamte, in Vertretung des Reichskanzlers, contrasigniert worden und in dieser Gestalt in die amtliche Verkündung übergegangen sind, so ist doch bei Gelegenheit des dem Reichskanzler im vorigen Jahre allerhöchst bewilligten Urlaubs im Reichstage die Zulässigkeit einer solchen Vertretung angezweifelt worden.

Auch betreffs der dem Reichskanzler zustehenden obersten Leitung und Aufsicht, welche aus der ihm übertragenen Gegenzeichnung rechtlich selbst, aber nicht überall mit der Vornahme einer Gegenzeichnung zusammenfällt, könnte der Zweifel erhoben werden, ob das bestehende Recht die Uebertragung derselben auf Stellvertreter des Reichskanzlers allgemein zuläßt. In ausdrücklicher Anordnung gestattet das Bankgesetz vom 14. März 1875, daß die Leitung der Reichsbank „in Behinderungsfällen des Reichskanzlers durch einen vom Kaiser hiefür ernannten Stellvertreter wahrgenommen werde“. Sonst fehlt es an gesetzlichen Bestimmungen, so daß jene einzelne Anordnung sowohl als Ausnahme wie als Anerkennung des allgemeinen Rechtes angerufen werden könnte. Da die Gewalt der Thatfachen aber auf die Nothwendigkeit hinweist, gesetzlich die unbestrittene und auf Grund der Verfassung nicht bestreitbare Möglichkeit einer vollen Stellvertretung des Reichskanzlers zu bieten, so wird die Gesetzgebung dieser Aufgabe sich nicht länger entziehen dürfen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf schließt sich in seinen Bestimmungen an den erwähnten, für einen sehr wichtigen Zweig der Leitung des Reichskanzlers gegebenen Vorgang der Reichsgesetzgebung, an den § 26 des Bankgesetzes an, und es ist somit nur ein organisches Fortschreiten auf dem schon betretenen Wege, wenn der Entwurf die Zulässigkeit einer Vertretung des Reichskanzlers für Fälle der Behinderung desselben in jedem einzelnen Amtszweige, sowie in der Gesamtheit der Obliegenheiten des Kanzleramtes gesetzlich zum Ausdruck bringt. Dabei läßt der Entwurf

einen Caballero mit Fähnchen, nach den Flanken der Stiere zu werfen.

Eine Spezialität des heutigen Festes war die große Menge von Manola- und Majakostümen, mit denen die Frauen und jungen Mädchen der Aristokratie gepuzt waren. Beim Volke waren die hellen und grellfarbigen Kleider vorwiegend; mit Silberstickereien waren sie geschmückt. Das Ganze bot daher einen sehr pittoresken Anblick, und dazu der klare blaue Himmel und die strahlende Atmosphäre. Die berühmten spanischen Mantillen waren gewissermaßen obligatorisch. Selbst jede fremde Dame mußte eine Mantille tragen, wenn sie nicht lächerlich erscheinen wollte. In den Hotels waren seit dem frühen Morgen Garderobieren beschäftigt, den Damen, welche mit den nationalen Schleiern nicht umzugehen verstanden, dieselben an den Chignons zu befestigen. Die Chignons waren ohnehin durch hohe Kämme, Rosen, Granatblüten und Camellienknospen beinahe über Gebühr vergrößert worden.

Der Enthusiasmus war außerordentlich. Die Rückkehr nach der Stadt war sehr animiert. Am Abend durchfahren der König und die Königin im offenen Wagen die Straßen von Madrid. Die gestrige Galavorstellung im Theater war sehr brillant in puncto Brillanten und Uniformen, dagegen sehr mäßig in musikalischer Hinsicht. Man will berechnet haben, daß auf den Schultern und den Coiffuren der Senoritas Diamanten im Werthe von einer Milliarde prangten. Im „Theater Alfonso“ fand ein Hofkonzert statt. Der König und die Königin sind reizend, unermüdlich, immer lächelnd und leutselig. Diese beiden jungen Leute verstehen sich schon auf das königliche Handwerk wie alte Monarchen.

die dem Reichskanzler durch Art. 15 der Verfassung erteilte Befugnis: sich im Voritze des Bundesrathes und in der Leitung der Geschäfte durch jedes andere Mitglied vermöge schriftlicher Substitution vertreten zu lassen, unberührt, bestimmt aber, damit der nothwendige Zusammenhang des Reichskanzlers mit dem Bundesrath auch in jenen Vertretern gewahrt und erkennbar bleibe, daß dieselben nur dem Schoße des Bundesrathes entnommen werden dürfen. Die Möglichkeit ihrer Bestellung ist für alle Fälle einer Behinderung des Reichskanzlers, also auch ohne daß der Fall einer Beurlaubung eintritt, offen zu halten, und ihre Bestellung wird, der Verfassung entsprechend, durch kaiserliche Ernennung auf Antrag und unter verantwortlicher Gegenzeichnung des Reichskanzlers zu erfolgen haben.

Die russischen Friedensbedingungen.

Aus London brachte der Telegraf in den letzten Tagen die Nachricht, daß die englische Regierung am 28. v. M. die ihr bis dahin offiziell zwar noch selbst nicht mitgetheilt, sondern bloß gesprächsweise vom Grafen Schuwaloff zur Kenntnis gebrachten russischen Friedensbedingungen dem englischen Parlamente bekanntgegeben habe. Die bisherigen Angaben über den Inhalt der russischen Forderungen erscheinen dadurch wesentlich erweitert. Für Bulgarien ist eine bloße Vassallitätsform mit Tributpflichtigkeit, einem christlichen Gouverneur und einheimischer Miliz in Aussicht genommen; — die Grenzen dieses Fürstenthumes sollen so weit reichen, als die bulgarische Nationalität, jedenfalls aber zum mindesten der Delimitation der Konstantinopler Konferenz entsprechen. Serbien, Rumänien und Montenegro werden independent und erhalten Gebietsvergrößerungen oder Grenzberichtigungen. Rußland nimmt eine Kriegsentschädigung von noch nicht bekannter Höhe in Anspruch, die in Geld, Landabtretung oder in einer später festzustellenden Form zu leisten sein wird. Ebenfalls späterer Verständigung ist der Schutz der russischen Interessen in der Meerengenfrage vorbehalten.

Die Begleitrede, mit welcher der englische Schatzkanzler, Sir Stafford Northcote, die vorstehenden Bedingungen anlässlich der Kreditforderung dem Unterhause mittheilte, liegt nunmehr in einem ziemlich ausführlich gehaltenen telegrafischen Auszuge vor. Wie wir letzterm entnehmen, äußerte sich derselbe hierüber im wesentlichen in nachstehender Weise:

Die von dem Grafen Schuwaloff der Regierung in nicht offizieller Weise mitgetheilten Friedensbasen, über welche die einschlägigen Schriftstücke dem Hause vorgelegt werden würden, seien folgende:

Bulgarien solle, soweit die bulgarische Nationalität reiche, jedoch in keinem geringeren Umfange, als die Konstantinopler Konferenz bestimmte, ein autonomer Tributärstaat unter einem christlichen Gouverneur sein. Die türkischen Truppen sollten nach näher zu bestimmenden Punkten zurückgezogen werden.

Unabhängigkeit Montenegro's mit einem dem militärischen status quo entsprechenden Gebietszuwachs, für welchen die Bestimmung der Grenze vorbehalten bleibt. Volle Unabhängigkeit Rumäniens unter ausreichender territorialer Entschädigung und Serbiens mit entsprechender Grenzberichtigung. Bosnien und der Herzegowina sollten ähnliche Reformen wie den anderen christlichen Provinzen gewährt werden. Die Kriegsentschädigung solle in Länderzuwachs oder einem anderen Äquivalente bestehen und einer späteren Feststellung vorbehalten sein. Endlich solle ein Einvernehmen hergestellt werden, wodurch Rußlands Interesse an der Durchfahrt der Dardanellen Rechnung getragen werde.

Die Bedingungen Rußlands seien weitgehend. Bulgarien bilde die Mitte der europäischen Türkei; die geforderte Autonomie Bulgariens sei nicht bloß eine administrative, sondern eine gleiche, wie die Rumäniens und Serbiens vor dem Kriege. Ferner heiße es, der Zar wolle selbst für Bulgarien den Fürsten auswählen. Sonach würde im Herzen der Türkei eine bedeutende neue Macht unter einem Rußland ergebenen Fürsten gebildet. Betreffs Rumäniens, Serbiens und Montenegro's würden die bezüglichen Fragen anderwärts eingehender als von England geprüft werden und vielleicht Schwierigkeiten hervorrufen. Ferner sei der Punkt inbetreff der Kriegsentschädigung sehr elastisch. Rußland könne demnach eine territoriale Entschädigung in einer Form wählen, welche für Europa von dem größten Interesse wäre.

Fortfahrend sagte Northcote, es sei daher ein europäischer Conseil wegen des Friedens nothwendig. Die Stipulation bezüglich der Dardanellen sei entweder von großer Tragweite, oder sie besage nichts; jedenfalls sei sie für England vom größten Interesse. Ein separates Abkommen darüber würde England nicht anerkennen, noch zulassen. Die wiederholten Erklärungen Oesterreichs zeigten, daß dasselbe die bezügliche Ansicht Englands theile. Die Niederwerfung der Türkei müsse große Veränderungen zur Folge haben. England würde sich in einer unvortheilhaften Stellung befinden, wenn die Mächte nur über den definitiven Frieden befragt werden sollten. Die britische Regierung halte

an dem Inhalte der Note Derby's vom Mai sowie an der beobachteten Neutralität fest und sei bestrebt, eine Erweiterung des Kampfes zu verhindern.

Politische Uebersicht.

Laibach, 31. Jänner.

In der Sitzung des österreichischen Budget-Ausschusses vom 30. d. M. wurde über die Einstellung der Zölle in das Budget verhandelt. Man beschloß, unter Zustimmung des Finanzministers Freiherrn von Bretis, die Einnahmen und die Bedeckung für diese Post in gleicher Höhe mit dem Präliminare des Jahres 1877 einzustellen. — Vorgestern abends fand beim Abgeordneten Dumba eine Besprechung von Abgeordneten über die Lage und über die eventuell möglichen Concessionen bezüglich der Finanzzölle statt. An derselben nahmen theil: Dumba, Hopfen, Herbst, Groß, Gistra, Kuranda, Wolfrum und Ed. Suchs. Beschlüsse wurden nicht gefaßt; die Konferenz wird aber möglicherweise fortgesetzt werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus meldete gestern der Abg. Max Uermenyi eine Interpellation an betreffs der orientalischen Frage. Hierauf wurde die Generaldebatte über die Zollvorlagen fortgesetzt.

Nach einem Berichte des deutschen Reichskanzlers betrug die gesammte Einnahme Deutschlands aus der Kriegskosten-Entschädigung 4.204.051,259 Mark 63 Pfg.; zur Vertheilung sind noch übrig 13.145,414 Mark 13 Pfennige.

Der Budgetausschuß der französischen Deputiertenkammer sprach sich für die Postreform aus, die seit zwei Jahren in der Luft schwebte. Schon 1876 legte der damalige Finanzminister Say einen Entwurf zur Ermäßigung der Taxen vor, und Cochery, damals Berichterstatter für das Budget pro 1877, empfahl denselben; aber die Kammer wurde aufgelöst, bevor der Entwurf auf die Tagesordnung kam. Der Budgetausschuß schloß sich nun Cochery's damaligem Berichte an, dem zufolge die Briestaxe fortan gleichmäßig auf 15 Cent. für den einfachen Brief gesetzt wird. Jetzt beträgt die Briestaxe 15 Cent. für die Stadtpost, für die Briefe von Departement zu Departement dagegen 25 Cent. Auch auf die Beförderung von Zeitungen und Drucksachen soll die Postreform ausgedehnt werden; aber über diese Frage sollen laut Beschluß des Budgetausschusses erst die Syndicate der Pariser Presse vernommen und dann ein besonderer Gesetzentwurf für diesen Zweig der Postverwaltung ausgearbeitet werden.

Im englischen Unterhause kündigte der Abgeordnete Forster einen gegen die Kreditforderung gerichteten Antrag an, da bisher im Hause nichts mitgeteilt worden sei, was eine Abweichung von der Neutralität hinreichend rechtfertigen könnte. — Im Oberhause verweigerte Derby die Vorlage der griechischen Schriftstücke wegen kriegerischer Stimmung. — Ein in Sheffield zu dem Zwecke einberufenes Meeting, um das Parlament zur Ablehnung des Supplementarkredites aufzufordern, beschloß im Gegentheile, dem Kabinett das volle Vertrauen auszusprechen.

Der italienische Ministerpräsident Herr Depretis hat sich aus freien Stücken veranlaßt gefunden, dem österreichisch-ungarischen Botschafter, Baron von Haymerle, sein Bedauern darüber auszudrücken, daß trotz der erteilten strengsten Weisungen dennoch anlässlich der Leichenfeier des verewigten Königs Victor Emanuel einige feindselige Demonstrationen von Trientnern stattfinden konnten. Nach weiteren Mittheilungen des Ministerpräsidenten Depretis würde der Minister des Innern, Herr Crispi, eine Untersuchung einleiten, um zu erfahren, ob dabei Nachlässigkeit seitens subalternen Agenten in Rom, oder seitens der Präfecten in den Provinzen mit unterlaufen sei.

In Spanien sind die Vermählungsfeierlichkeiten beendet, der König und die Königin haben sich nach Pardo begeben.

In serbischen Regierungskreisen ist man von der Verzögerung, welche der Abschluß der Verhandlungen über die Friedenspräliminarien erfährt, sehr befriedigt und gibt sich der Hoffnung hin, daß derselbe nicht vor Mitte Februar erfolgen werde. — Die serbischen Truppenkommandanten operieren inzwischen unverdrossen darauf los und haben neuerlich einige kleine Erfolge zu verzeichnen.

Die russische Armee zieht gleichfalls ihren Marsch auf der Straße nach Konstantinopel fort. Bei Bujak-Bulanik wurden zwei Tabors, an 800 Mann stark, gefangen genommen. Der türkische Kommandant erklärte, nicht kämpfen zu wollen, da der Waffenstillstand abgeschlossen sei; der russische Kommandant erklärte dagegen, darauf nicht eingehen zu können, entwaffnet die beiden Tabors und nahm zwei Kanonen und vierzig Pferde weg. Die Russen sind bis Faki und Amali vorgerückt und marschieren gegen Kowatsch. — Den „Times“ wird aus Belgrad gemeldet, Fürst Battenberg werde wahrscheinlich zum Regenten von Bulgarien ernannt werden.

Die Montenegriner haben vorgestern, nachdem sich die befestigte Insel Branjina ihnen ergeben hat, die Bojana von Albanien aus überschritten und sind von der albanesischen Bevölkerung überall freundlich aufgenommen worden.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz verlautet, daß in Erzerum der Typhus derart wüthte, daß täglich 250 Menschen sterben. Im Spital liegen 10,000 Kranke und Verwundete.

Tagesneuigkeiten.

— (Außerordentliche Gesandtschaft.) Wie nun bestimmt, wird Generalleutnant Cav. Ettore Bartolomeo, Generalstabschef, mit der Mission, die Thronbesteigung des Königs Humbert zu notificieren, nach Wien kommen. Derselbe war mit dem König Victor Emanuel als dessen Generaladjutant in Wien. Der außerordentliche Gesandte bringt auch die neuen Creditive für den Grafen Robillant mit.

— (Der Nachlaß eines Feldzeugmeisters.) Wie berichtet wird, hat sich unter dem Nachlasse des kürzlich verstorbenen Herrenhausmitgliedes und Feldzeugmeisters Freiherrn v. Mamula, als der zur Inventurierung herbeigerufene Notar Dr. v. Hönigsmann die Verlassenschaftsobjekte aufnahm, absolut gar kein Bar- oder sonstiges Vermögen vorgefunden. Der Verstorbene, welcher seit Jahren eine kleine, aus einem Zimmer und Vorzimmer bestehende Wohnung auf dem Getreidemarkte Nr. 13 innehatte, führte immer ein höchst bescheidenes und geradezu anspruchsloses Leben und verwendete seine Pensionsbezüge — dieselben betrugen circa 9800 fl. — zur Unterstützung hilfsbedürftiger Militärs und sonstiger Personen. Die große Anzahl in- und ausländischer Orden, welche Freiherr v. Mamula besaß, wurden von dem Notar bei dem Landesgerichte in Zivilsachen deponiert. Freiherr v. Mamula war Ritter des Maria Theresien-Ordens, der Eisernen Krone erster Klasse und des Großkreuzes des Leopolds-Ordens. Seiner bescheidenen Lebensweise gemäß hatte er angeordnet, daß sein Leichenbegängnis ohne jegliches militärisches Gepränge stattfinden solle, welchem Wunsche bekanntlich auch entsprochen wurde.

— (Max Winter) wurde sofort nach seiner Ankunft in Wien ins Landesgericht geführt, und da er an Fieber leidet, wird er ins Inquiritenpital abgeliefert werden. Während der Fahrt von Hamburg nach Wien genoss er nichts als Thee und wollte keine andere Speise zu sich nehmen. An barem Gelde hatte er in Hamburg nur noch 6 Pfund bei sich, den ganzen Betrag, den er von Wien mitgenommen, haben ihm in Newyork die amerikanischen Behörden, die seine Verhaftung durchgeführt haben, abgenommen und dem österreichischen Konsul übergeben. Es war dies ein Betrag von 22,000 fl. in Banknoten. Wie das Gläubigercomité festgestellt hat, dürfte dies in der That der ganze Betrag sein, den sich Winter angeeignet hat. Denn das ganze Passivum betrug 50,000 fl. Von diesen sind 14,000 fl. als Werth des Warenlagers, 3000 fl. Geschäftsspesen, 2000 fl. persönliche Ausgaben Winters und einige tausend Gulden abzuziehen, die er an einzelne Gläubiger während eines Monats vor seiner Flucht gezahlt hat, so daß er thatsächlich nicht mehr als circa 22,000 fl. bei sich haben konnte. Er gesteht übrigens, daß er sofort, als er sah, daß er passiv sei und das Geschäft nicht lange mehr werde fortführen können, die Absicht gehabt habe, gelegentlichlich durchzubrennen; dazu habe ihm die Weihnachtswoche als die geeignetste erschienen. Gegen seine Verhaftung in Newyork, die als Zivilarrest ihm angekündigt wurde, habe er nicht protestieren wollen; denn nachdem ihm bevorstand, auf Grund einer Kongreßacte zurückgeschickt zu werden, habe er es vorgezogen, lieber selbst zurückzugehen. „So wie so“ wäre er verhaftet worden, also wars mit einemmale abgethan.

— (Eine amerikanische Nordpol-Expedition.) Der Direktor des „Newyork Herald“, Herr James Gordon-Bennett, hat, durch den glänzenden Erfolg der von ihm veranstalteten Stanley'schen Mission nach Innerafrika aufgemuntert, seinen Unternehmungsgestir schon wieder einem andern Problem zugewendet. Der „Figaro“ meldet, daß Herr Bennett ein solides Seejachtläuflich an sich gebracht und bei der Regierung der Vereinigten Staaten einen vorchriftsmäßigen Urlaub für eine gewisse Anzahl von Offizieren und Matrosen der nordamerikanischen Kriegsmarine erwirkt hat; Schiff und Mannschaft seien zu nichts anderem als zu einer Nordpol-Expedition bestimmt.

— (Zur Geschichte der Briefverschlüsselung.) Nach einem im „Jaarboekje des Posters“ für 1876/78 veröffentlichten, recht anziehend geschriebenen Aufsatz über den Brief ist der Siegelverschlüssel der Briefe bis über das Ende des Mittelalters hinaus aus gewöhnlichem Wachsen hergestellt worden, welchem man jedoch verschiedene Farben zu geben verstand. An Stelle des Wachses trat, wahrscheinlich schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts, der Siegellack, welcher aus China stammt und von dort aus nach Indien gelangt ist. Hier ist er den Portugiesen bekannt geworden und wahrscheinlich auch durch diese nach Europa gekommen. Uebrigens findet sich das erste Lackiegel an einem Schreiben aus London vom 3. August 1554 an den Rheingrafen Philipp Franz von Daun, welches den Bevollmächtigten des Grafen, Gerhard Hermann, zum Verfasser hat. Erwiesenermaßen ist der Siegellack auch in Breslau schon 1561 in Gebrauch gewesen: er scheint indeß noch mehr als ein Jahrhundert hindurch als eine kostbare Selten-

heit behandelt worden zu sein. Die Angabe in Pomet: „Histoire des brogues“, daß der Siegellack zuerst in Europa von François Rousseau, einem Pariser Kaufmann aus der Zeit Ludwig XIII., hergestellt worden sei, erscheint diesen historisch verbürgten Thatsachen gegenüber hinfällig (Ludwig XIII. regierte von 1610—1643). Als Uebelstand des Siegellacks wurde von jeher empfunden, daß derselbe vor dem jedesmaligen Gebrauche erwärmt werden muß. Es sind daher wiederholt Versuche gemacht worden, dies Verschlüsselmittel durch andere zu ersetzen. Zuerst durch die Oblaten, welche zu kirchlichen Zwecken schon längst benützt wurden. Den ersten derart geschlossenen Brief kennt man aus dem Jahre 1624. Derselbe rührt von einem Dr. Kropf in Speyer her und ist an die fürstliche Regierung in Bayreuth gerichtet. Die Verwendung der Oblaten ist wol eine ziemlich verbreitete gewesen, hat indeß den Gebrauch des Siegellacks niemals ersetzen können. In diesem Jahrhundert sind sie durch die Siegelmarken fast ganz in den Hintergrund gedrängt worden; auch diese weichen vor den gummierten Briefumschlägen mehr und mehr zurück. Wer die letzteren erfunden hat, und wann und wo dies geschehen, ist unbekannt; gewiß ist, daß jeder Korrespondent sich noch bis in die Dreißigerjahre dieses Jahrhunderts sein Briefconvent geduldig selbst mit der Schere zuschnitt, und daß den Engländern der Vorzug gebührt, die Nützlichkeit der fabrikmäßigen Herstellung der Briefumschläge zuerst erkannt zu haben. Die erste Maschine zur Anfertigung von Briefumschlägen wurde von Edwin Hill und Warren de la Rue in London erfunden und 1840 zuerst in Anwendung gebracht. Die Fabrication erlangte bald solche Ausdehnung, daß im Jahre 1862 eine einzige Pariser Firma (Vegrand) 272 Millionen Stück herstellte, und im Jahre 1877 durchschnittlich täglich in England 3 Millionen und in Frankreich 2 1/2 Millionen Stück gefertigt worden sein sollen. Jetzt sind diese Maschinen durch Poirier in Paris so verbessert, daß die Umschläge fertig gefaltet, gummiert und sogar in gleichmäßige Päckchen getheilt aus den Maschinen zum Vorschein kommen. Ja, eine derselben kann in einem Arbeitstage von 10 Stunden 20- bis 25,000 Stück Briefumschläge liefern.

Lokales.

Aus dem l. l. Landeschulrath für Krain.

Auszug aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des l. l. Landeschulrathes für Krain in Laibach am 24. Jänner 1878, unter dem Vorsitze des Herrn Leiters der l. l. Landesregierung, Regierungsrathes Dr. Anton Ritter von Schöppel-Sonnwalden, in Anwesenheit von acht Mitgliedern.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden trägt der Schriftführer die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke vor, und wird deren Erledigung zur Kenntnis genommen. Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Erweiterung der zweiklassigen Volksschule in Radmannsdorf zu einer vierklassigen, vom Beginne des nächsten Schuljahres an, wird beschlossen und unter Aufrechterhaltung der bisherigen Jahresgehälter der beiden ersten Lehrposten mit je 500 fl. der der beiden anderen mit 450 fl. und 400 fl. festgestellt.

Das Gesuch der Gemeindevorsteherung in Gottschee um Enthebung von der weiteren Anschaffung von Lehrmitteln für das dortige Gymnasium wird mit dem geeigneten Antrage dem hohen Ministerium für Cultus und Unterricht vorgelegt.

Der Recurs eines Baucomités wider die Entscheidung eines l. l. Bezirksschulrathes in betreff der Herstellung einiger Reparaturen an einem Schulgebäude wird mit dem Besatze zurückgewiesen, daß es den Schulgemeinden unbenommen bleibe, allfällige Erfordernisse gegen den Unternehmer im Rechtswege anzutragen.

Die Ausschreibung zur provisorischen Besetzung der Hausmeister-Schuldienstelle im hiesigen Lycealgebäude wird veranlaßt und in betreff der Abänderungen der Dienstinstruction dieser Stelle das Gutachten der betreffenden Directionen und der Bibliotheksverwaltung eingeholt.

Die lokale Exclusion zweier Gymnasialschüler wird genehmigt.

Ein Gymnasiallehrer wird stabil erklärt und ihm die erste Quinquennalzulage zuerkannt und flüssig gemacht.

Das von einer Mittelschuldirection überreichte Konferenzprotokoll wird mit dem geeigneten Antrage dem hohen Unterrichtsministerium vorgelegt.

Recurse und Strafnachschüßgefühle in Schulverschämnisfällen, Remunerations- und Gehaltsvorschußgefühle werden erledigt.

Aus dem Sanitätsberichte des Laibacher Stadtphysikates

für den Monat Dezember 1877.

(Fortsetzung.)

Die Todesursache in Rücksicht auf das Alter betreffend, wurden:

tödt geboren 3 Kinder.

Im 1. Lebensjahre starben 9 Kinder, und zwar: an Fraisen 3; an Lungenödem, Tuberculose, Variellen, Skleroma neonatorum, Keuchhusten und Krampfadernkrampf je 1 Kind;

vom 2. bis 20. Jahre starben 10 Personen, und zwar: an Diphtheritis 4; an Wasserkopf 3; an Rachitis, Lungenblutsturz und Bright'scher Krankheit je 1 Person;

vom 20. bis 60. Jahre starben 21 Personen, und zwar: an Tuberculose 9; an Herzfehler 2; an Lungenödem, acutem Alkoholismus, Leberabscess, Schlagfluß, Bluthusten, Darmkatarrh, Hirnödem, Bauchwassersucht, Speiseröhrenkrebs und Pyämie je 1 Person;

Ueber 60 Jahre alt starben 22 Personen, und zwar: an Marasmus 7; an Herzfehler, Hirnödem, Lungenentzündung, Wassersucht und Schlagfluß je 2; an Lungenlähmung, Bauchfellentzündung, Gehirn-erweichung, Krebsdyskrasie und Gicht je 1 Person.

Häufigste Todesursachen: Tuberculose 10mal, d. i. 15.5 Prozent; Marasmus 7mal, d. i. 10.7 Prozent; Diphtheritis 4mal, d. i. 6.1 Prozent aller Verstorbenen. Keuchhusten und Variellen gaben je 1mal die Todesursache ab.

Der Verdict nach starben: im Zivilspitale 24, im Armenversorgungshause 2 Pfründnerinnen, im St. Josefspitale 1 Weib, in der Stadt und den Vorstädten 37 Personen. Im l. l. Staatshengstendepot in Selo wurde auch eine Leiche vom städt. Todtenbeschauer beschaut.

Die in der Stadt und den Vorstädten vorgefallenen Todesfälle vertheilen sich, wie folgt:

Innere Stadt 10, Petersvorstadt 8, Polana 2, Kapuzinervorstadt 5, Gradijska 2, Krakrau und Tirnan 2, Karlstädter Vorstadt und Hühnerdorf 5, Moorgrund 1. (Schluß folgt.)

— (Das Resultat der krainischen Handels- und Gewerbekammer.) Wie bekannt, fanden im Laufe des gestrigen und vorgestrigen Tages die Ergänzungswahlen für die krainische Handels- und Gewerbekammer statt, und zwar: vorgestern für die Handelssection, die Großindustrie und das Montangewerbe, und gestern für die Abtheilung der übrigen Gewerbe. Das gestern abends bekannt gewordene Resultat des Scrutiniums ist folgendes: es wurden nachstehende Herren gewählt: A. in der Handelssection: Andreas Schreyer mit 156 Stimmen, Peter Lahnif 155, Josef Kordin 155, Josef Benari 153 und Franz Dolenz in Krainburg 152; — B. im Montangewerbe: Leopold Globocnik in Eisnern mit 14 Stimmen; — C. in der Großindustrie: Ottomar Bamberg mit 12 Stimmen, Karl Ludmann 11 und Max Krenner 9 Stimmen. Sämmtliche hier Genannte waren die Kandidaten des liberalen Centralwahlcomités der Handelskammer. — Bei der gestern in der Gewerbe-section vorgenommenen Wahl erhielten dagegen die Kandidaten des nationalen Wahlcomités die Majorität; es wurden nachstehende Herren gewählt: Michael Pafik mit 1742, Anton Perme mit 1739 und Johann Horak mit 1738 Stimmen.

— (Laibacher Pfahlbauten.) Um die wichtigsten der auf dem Laibacher Moore gemachten Pfahlbautenfundamente auch der ausländischen wissenschaftlichen Welt und der Allgemeinheit vorzuführen, hat die Leitung des krainischen Landesmuseums, das dieselben bekanntlich eigenthümlich besitzt, beschlossen, eine zahlreiche Collection derselben zur Pariser Weltausstellung zu senden. Die hiezu ausgewählte, alle charakteristischen Stücke umfassende Sammlung wurde auf 42 weisladierten Holztafeln sehr übersichtlich zusammengestellt und mit Draht befestigt. Seit einigen Tagen befindet sich diese interessante Sammlung in den unteren Localitäten des hiesigen Museums zur allgemeinen Ansicht ausgestellt. Da der Termin bis zu ihrer Absendung nach Paris nur ein sehr kurzer ist, so empfehlen wir allen, die diese Collection zu sehen wünschen, einen baldigen Besuch derselben.

— (Gemeinderathswahlen.) Die anlässlich der im heurigen Frühjahr wie alljährlich stattfindenden Ergänzungswahlen des Laibacher Gemeinderathes angefertigte Wählerliste liegt im städtischen Magistratsdepot zur öffentlichen Einsicht auf. Jedem Wahlberechtigten steht gegen diese Liste, sei es wegen Aufnahme eines Nichtwahlberechtigten, oder einer etwaigen Auslassung, oder wegen nicht gehöriger Einreihung in den betreffenden Wahlkörper, das Reclamationsrecht zu. Diese Reclamationen sind längstens bis zum 28. d. M. mündlich oder schriftlich einzubringen. Nach Ablauf dieses vierwöchentlichen Termines werden keine Reclamationen mehr angenommen.

— (Vom Kirchenbetheilungsverein in Krain.) Dem seit mehreren Jahren in Laibach bestehenden „Verein zur Betheilung armer Kirchen in Krain mit Paramenten“ sind im letzten Jahre 1320 neue Mitglieder beigetreten, so daß derselbe nunmehr 27,520 Mitglieder zählt. Der Verein hat im vergangenen Jahre 76 arme Kirchen und Kapellen in Krain mit verschiedenen Paramenten theilt. Der Leiter desselben ist der Canonicus Herr Thomas Paucker Edler von Glanfeld in Laibach.

— (Verkehrsstörung auf der Südbahn.) Infolge einer vorgestern eingetretenen Dammabrutschung

mußte der ganze Zugverkehr zwischen Agram-Sissek und Agram-Karlstadt eingestellt werden, doch hofft die Betriebsdirection, einem von ihr ausgegebenen Aviso zufolge, daß der Verkehr auf den genannten Strecken heute bereits wieder aufgenommen werden dürfte.

— (Zu den Handelskammerwahlen.) Da der in der Probewahl für die Montansection gewählte Kandidat Herr Dr. Julius Ritter Fränzl v. Besteneck erklärte, eine allenfalls auf ihn fallende Wahl unter keinen Umständen annehmen zu wollen, vereinigten sich die Stimmen der Montanangewerben, wie wir bereits vorstehend meldeten, auf Herrn Leopold Globočnik, Eisengewerke in Eisern.

— (Kasino-Gesellschaftsabend.) Der Sonntag den 3. d. M. im Kasinovereine stattfindende Gesellschaftsabend soll, wie man uns mittheilt, durch ein kurzes Konzert der hiesigen Militärkapelle eröffnet werden.

— (Auf der Rudolfsbahn) ist einem uns zugekommenen Telegramme der Betriebsdirection von gestern abends zufolge auch die Strecke Obertraun-Auffsee wieder eröffnet, und sind somit sämtliche Haupt- und Nebenlinien wieder in Betrieb.

— (Straßenbau Jelin-Jdria.) Die dem Abgeordnetenhaus zugekommene Petition des Bezirksstraßen-Ausschusses von Kirchheim um Bewilligung einer Subvention für den Ausbau der Straße Jelin-Jdria wurde in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. v. M. über Antrag des Referenten Abgeordneten Schrems der Regierung abgetreten.

— (Brenclj.) Die von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen des Artikels „Pavliha“, „Brencljev“ poročevalc iz bojišča“ verhängte Beschlagnahme der am 26. v. M. ausgegebenen Nummer 2 des in Laibach erscheinenden slovenischen Witzblattes „Brenclj“ wurde vom k. k. Landesgerichte als Preßgericht in Laibach bestätigt.

— (Erledigte Stellen.) Im Laibacher Bürgerhospitalgebäude ist die mit einem Jahreslohn von 60 fl. und dem Genuße der freien Wohnung dotierte Hausmeisterstelle, und in der Ortsgemeinde Kostel im politischen Bezirke Gottschee der mit 50 fl. per Jahr remunerirte Posten einer Bezirkshebamme in Erledigung gekommen. Bewerbungen um erstere sind bis zum 6. d. persönlich beim Magistrats-Deconomate in Laibach und jene um letzteren bis 20. d. bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Gottschee vorzubringen.

— (Unteroffiziersball.) Die Unteroffiziere des krainischen, gegenwärtig in Triest garnisonierenden Infanterieregiments Freiherr v. Ruß Nr. 17 veranstalten morgen in den festlich decorirten Saallocalitäten des „Monte verde“ ein Kränzchen.

— (Bestimmung des Agiozuschlages.) Vom 1. Februar 1878 ab wird der Agiozuschlag zu den hievon betroffenen Gebühren jener Bahnanstalten, welche zur Einhebung eines Agiozuschlages berechtigt sind und von diesem Rechte Gebrauch machen, mit 5 Prozent berechnet. Hierdurch wird die bestehende theilweise Erhebung eines 15proz. Agiozuschlages im Personen-, Gepäck- und Gültverkehr der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft nicht berührt. Die zugunsten des Publikums bestehenden Ausnahmen von der Einhebung eines Agiozuschlages überhaupt, so wie nicht minder jene Ausnahmen, welche durch die Fixierung eines Maximal-Agiozuschlages für gewisse Artikel auf einigen Bahnen zur Einführung gelangten, bleiben unverändert.

— (Wichtige Entscheidung über die Wechsel-Stempelpflicht.) Die „N. fr. Pr.“ theilt in ihrer gestrigen Nummer nachstehende kürzlich erfolgte, für die gesamte Geschäftswelt sehr wichtige Entscheidung über den Eintritt der Stempelpflicht bei Wechseln mit: „Die Firma Revoltella in Triest hat der Stempelbehörde daselbst sechs Stück ausgefertigte, jedoch nur von dieser Firma als Aussteller und nur an der Vorderseite des Wechsels unterfertigte Wechsel zur Obliteration überreicht. Dieses Amt hat die Obliteration vorgenommen und zugleich Stempelbefund aufgenommen.“

Da die Stempelgebühr zusammen 12 fl. betrug, so wurde die Firma verhalten, den fünfzigfachen Betrag in der Höhe von 600 fl. als Strafe zu bezahlen. Diese Entscheidung wurde in allen Instanzen bestätigt und die beim Verwaltungs-Gerichtshofe überreichte Beschwerde nicht nur als ungegründet zurückgewiesen, sondern die beschwerdeführende Firma auch zum Erfasse der Kosten per 30 Gulden an das Finanzministerium verurtheilt. Nach den Motiven der Entscheidung tritt die Stempelpflicht mit dem Zeitpunkte ein, wenn auf den Wechsel die Unterschrift einer Partei, wozu auch der Aussteller gehört, gesetzt wird. Die Entstehung eines wirklichen Rechtsgeschäftes ist nicht nothwendig, sondern nur die Möglichkeit eines solchen, welche bei einem vom Aussteller unterfertigten Wechsel schon vorhanden ist.“

— (Beilage.) Unserem heutigen Blatte liegt für die Stadtabonnenten ein Prospect des im Verlage von C. G. Lohse in Dresden in illustrierten Lieferungen erscheinenden Romans „Die bleiche Gräfin“ von George Born bei. Bestellungen auf denselben besorgt die Buchhandlung Jg. v. Kleinmayr & S. Bamberg in Laibach.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“)

Wien, 31. Jänner. Die „Neue freie Presse“ meldet, Graf Andrassy proponiere einen Kongreß in Wien. — Großfürst Nikolaus traf am 26. Jänner in Adria-nopol ein. — Die russischen Vortruppen besetzten Hasiköi, Kirilissa, Eskibaba, Demotika, dann Osman-bazar und Rasgrad; die Türken zogen sich überall aus ihren Befestigungen zurück.

Eine Depesche Lagards theilt mit, die türkischen Delegierten wären schon am 23. Jänner angewiesen gewesen, die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen, die Türkei weise daher die Verantwortung für die Verzögerung zurück.

London, 31. Jänner. Im Unterhause antwortete Northcote, nach seiner Information sei der Waffenstillstand noch nicht unterzeichnet; die Russen rückten südwärts vor. England halte an den Bedingungen der Mai-Note fest. Im Oberhause antwortete Derby, die Verzögerung des Waffenstillstands-Abschlusses könne Gortschakoff nicht erklären. Die Türkei scheine die Schuld nicht allein zu tragen. Rußland schlug nicht die diplomatische Sanction der Besetzung Konstantinopels vor, noch sei eine gemeinsame Besetzung vorgeschlagen worden.

Pest, 30. Jänner. (N. fr. Pr.) Nach einer dem „Pester Lloyd“ zugegangenen Analyse der vorgestern in Petersburg überreichten Note des Grafen Andrassy erklärt dieselbe unter anderm, daß, ohne die Berechtigung der Pforte zu bindenden Abmachungen inbetriff ihrer eigenen Interessen bestreiten zu wollen, die in Kasanlik getroffenen Abmachungen, so weit durch dieselben bestehende Verträge eine Veränderung erfahren oder sofern durch dieselben österreichisch-ungarische oder europäische Interessen berührt werden, für so lange als „ungültig“ betrachtet werden müssen, als nicht eine Vereinbarung über diese Aenderungen seitens der Signatarmächte erfolgt ist und sie die Sanction der letzteren erhalten haben.

Berlin, 30. Jänner. (N. Br. Tgbl.) In gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß das Petersburger Kabinett nach wie vor das Zusammentreten eines Kongresses perhorresciert. Fürst Gortschakoff soll erklärt haben, daß Rußland das Resultat der ungeheueren Opfer, die es gebracht hat, von der Mehrheit der Stimmen innerhalb eines Kongresses nicht abhängig machen könne. Laut Petersburger Nachrichten soll der Zar der Armee den Befehl erteilt haben, nach Konstantinopel zu marschieren, wo erst der Friede unterzeichnet werden solle.

London, 30. Jänner. (N. Br. Tgbl.) In Oxford hielt Gladstone heute eine Rede, worin er sich

sehr kleinmüthig über die Aussichten der Opposition, morgen im Parlamente durchzubringen, äußerte. Die Absendung der englischen Flotte nach den Dardanellen sei ein Neutralitätsbruch und ein kriegerischer Act. Das Parlament habe dennoch dagegen nicht protestiert, und so weit er die Stimmung des Hauses kenne, müsse er leider sagen, daß nach seiner Ansicht der Extracredit von dem Parlamente angenommen werden wird. Man berechnet, daß, wenn die ganze Opposition bei der Abstimmung erscheine, sie es doch nicht über 270 bis 280 Stimmen bringen werde, während die Regierungspartei auf circa 370 Stimmen rechnet.

Konstantinopel, 30. Jänner. (Presse.) Die Russen nähern sich Konstantinopel; sie haben bei Burgas das Schwarze Meer und bei Rodosto das Marmara-Meer erreicht. Die Telegrafienverbindung mit Varna ist unterbrochen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 31. Jänner.

Papier-Rente 64.10. — Silber-Rente 67.10. — Gold-Rente 75.05. — 1860er Staats-Anlehen —. — Bank-Aktien 808. — Kredit-Aktien 230.25. — London 118.50. — Silber 103.60. — k. k. Münz-Dukaten 5.58. — 20-Franken-Stücke 9.46. — 100 Reichsmark 58.50.

Wien, 31. Jänner. 2 Uhr nachmittags. (Schlußkurse.) Kreditaktien 230.30, 1860er Lose 113.75, 1864er Lose 137.75, österreichische Rente in Papier 64.15, Staatsbahn 260.—, Nordbahn 198.—, 20-Frankenstücke 9.45, ungarische Kreditaktien 212.25, österreichische Francobank —, österreichische Anglobank 102.75, Lombarden 79.—, Unionbank 67.—, austro-orientalische Bank —, Lloydaktien 395.—, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 14.—, Kommunal-Anlehen 87.50, Egyptische —, Goldrente 75.—. Fest.

Wandel und Volkswirtschaftliches.

Wochenausweis der k. k. priv. österr. Nationalbank. Der selbe weist im Verhältnisse zu dem der Vorwoche folgende Veränderungen auf: Banknotenumlauf fl. 270.928.169, Abnahme fl. 598.120; Giro-Einlagen fl. 148.251, Zunahme fl. 80.255; einzulösende Bankanweisungen und andere fällige Passiva fl. 4.421.782, Abnahme fl. 1.155.246; Metallschatz fl. 137.453.688; in Metall zahlbare Wechsel fl. 11.331.854, Zunahme fl. 44.853; Staatsnoten fl. 2.074.841, Abnahme fl. 2.182.994; Escompte fl. 101.537.423, Zunahme fl. 784.267; Darlehen fl. 26.008.200, Abnahme fl. 315.500.

Verstorbene.

Den 24. Jänner. Josef Trost, Einwohner, 82 J., Zivilspital, chronischer Darmkatarrh. — Maria Rent, Arbeiterin, 48 J., Zivilspital, Lungenentzündung. — Den 25. Jänner. Ludwig Koller, Privatenskind, 5 J. 16 Tage, Burggasse Nr. 11, acute Gehirnhöhlen-Bluterguß. — Den 26. Jänner. Maria Camer, Zigarrenfabriks-Arbeiterin, 23 J., Zivilspital, peritonitis univers. p. — Den 27. Jänner. Katharina Kerzian, Private, 44 J., Zivilspital, paralysis progressiva. — Den 28. Jänner. Maria Bristou, Einwohnerin, 80 J., Hilsberggasse Nr. 8, Lungenemphysem. — Den 29. Jänner. Maria Oblat, Einwohnerin, 10 J., Karlsruherstraße Nr. 22, Katarrh der Blase. — Katharina Poforn, Tischlerwitwe, 66 J., Polanastraße Nr. 44, Entartung der Unterleibsorgane.

Lottoziehung vom 30. Jänner:

Prag: 36 74 83 84 78.

Theater.

Heute (ungerader Tag) zum zweitenmale: Ein Falliment. Sensationsstud in 4 Acten von Björnsterne-Björnson.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Witterung	Wasserstand in Millimetern
31.	7 U. Abg.	736.33	- 1.6	D. schwach	trübe	0.00	
	9 „ M.	736.92	+ 1.2	D. mäßig	trübe		
	9 „ Abg.	738.73	- 0.4	D. mäßig	trübe		

Trübe, windig. Das Tagesmittel der Temperatur — 0.3°, um 0.1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsenbericht. Wien, 30. Jänner. (1 Uhr.) Die Speculation war nicht gegen die Kurse gerichtet, vermochte aber anderseits auch nicht deren langsames Abbröckeln zu verhindern.

Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware
Papierrente	64.20 64.30	Galizien	86.20 86.60	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	245.50 246.—	Österr. Nordwest-Bahn . . .	86.50 86.75
Silberrente	67.10 67.20	Siebenbürgen	76.50 77.—	Kaschau-Oderberger Bahn . .	107.— 107.50	Siebenbürger Bahn	65.— 65.25
Goldrente	75.20 75.30	Temeser Banat	77.75 78.50	Lemberg-Gyernowitzer Bahn .	123.— 123.50	Staatsbahn 1. Em.	154.75 155.25
Lose, 1839	302.— 304.—	Ungarn	78.80 79.20	Lloyd-Gesellschaft	402.— 406.—	Südbahn 3 1/2%	111.25 111.50
„ 1854	108.75 109.25			Österr. Nordwestbahn	110.75 111.—	5%	94.75 95.—
„ 1860	114.50 114.75			Rudolfs-Bahn	116.50 117.—	Südbahn, Bons	— —
„ 1860 (Zinsf.)	123.50 124.—			Staatsbahn	261.50 262.—		
„ 1864	137.75 138.25			Südbahn	79.75 80.25		
Ung. Prämien-Anl.	78.— 78.50			Theiß-Bahn	174.— 175.—		
Kredit-L.	161.75 162.25			Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	96.50 97.—	Auf deutsche Plätze	57.70 57.80
Rudolfs-L.	13.50 14.—			Ungarische Nordostbahn . . .	114.50 115.—	London, kurze Sicht	118.10 118.20
Prämienanl. der Stadt Wien	88.— 88.25			Wiener Tramway-Gesellsch. .	113.— 114.—	London, lange Sicht	118.45 118.55
Donau-Regulierungs-Lose .	103.50 104.—					Paris	46.95 47.05
Domänen-Pfandbriefe . .	140.— 140.50						
Österreichische Schatzscheine	100.— 100.25						
Ung. öperj. Goldrente . . .	92.60 92.70						
Ung. Eisen-Anl.	100.25 100.75						
Ung. Schatzbons vom J. 1874	110.— 110.50						
Anleihen der Stadtgemeinde							
Wien in D. B.	95.50 96.—						

Grundentlastungs-Obligationen.

Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware
Böhmen	103.50 104.—	Alföld-Bahn	116.50 117.50	Deutsche Reichsbanknoten . .	58 „ 30 „ 58 „ 40 „
Niederösterreich	104.25 104.75	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	372.— 373.—	Silbergulden	103 „ 20 „ 103 „ 30 „
		Elisabeth-Weichen	165.— 165.50		
		Ferdinands-Nordbahn	1980.— 1985.—		
		Frank-Joseph-Bahn	130.50 131.—		

Nachtrag: Um 1 Uhr 20 Minuten notieren: Papierrente 64.15 bis 64.25. Silberrente 67.10 bis 67.30. Goldrente 75.15 bis 75.25. Kredit 228.50 bis 228.75. Anglo 102.25 bis 102.50. London 118.— bis 118.40. Napoleons 9.43 1/2 bis 9.44. Silber 103.20 bis 103.30.